

13. November 2015 auf



Mit einem Blumenmeer an der Place de la République in Paris gedenken die Franzosen der 130 Opfer der Terrornacht des 13. November 2015.

[AFP]

der Promenade des Anglais mit einem Lastwagen in die Menge raste und dabei 86 Menschen tötete und Hunderte verletzte. Oder vor weniger als einem Jahr die Enthauptung des Lehrers Samuel Paty.

Bürokratische Hürden für die Opfer

Der 13. November aber bleibt die schlimmste Terrortragödie der Nachkriegszeit in Frankreich. Dutzende Überlebende werden als Augenzeugen im Prozess aussagen. Der 35-jährige Arthur Dénouveau kennt diese Geschichten in allen Details und aus eigener Erfahrung besser als alle anderen. Er ist der Gründer und Sprecher des Vereins „Life for Paris“, der 650 Überlebende des 13. November vertritt. Denn wie die meisten von ihnen bestätigen, war oder bleibt es noch heute für sie ein von bürokratischen Hindernissen gesäumter Leidensweg, um vom staatlichen Unterstützungsfonds offiziell anerkannt zu werden, um die ihnen zustehenden Entschädigungen zu erhalten.

Die Verhandlungen werden für viele von ihnen zu einer schweren psychischen Belastungsprobe. Die hohen Erwartungen der Gesellschaft an die juristische Wahrheitsfindung werden für sie zu einem Druck, meinte Dénouveau im Magazin „Nouvel Obs“: „Man sagt uns, wir müssten Würde bewahren, unseren Platz einhalten.“ Für sich selbst erhofft er sich von dieser gerichtlichen Aufarbeitung vor allem eine Besänftigung des Schuldgefühls, das auf ihm wie auf vielen Überlebenden lastet. In den letzten Jahren haben viele

der Opfer mehrfach geschildert, wie sehr sie auch Jahre später noch psychisch darunter leiden, damals am Leben geblieben zu sein, während neben ihnen andere starben.

Was wird dem der Hauptangeklagte, der 31-jährige Salah Abdeslam aus Molenbeek bei Brüssel, entgegenhalten? Er ist das einzige mutmaßliche Mitglied des aus Rakka in Syrien ferngesteuerten Terrorkommandos, das überlebt hat und auf der Flucht festgenommen werden konnte. Im Unterschied zu seinem Bruder Brahim, der sich als Kamilke in die Luft sprengte, hatte er seinen Sprengstoffgürtel weggeworfen und war geflohen. Warum? Er hat sich bisher in Schweigen gehüllt. „Terroristen sind feige, weil sie unbewaffnete Menschen angreifen. Von einem solchen Feigling wie Abdeslam erhoffe ich gar nichts“, erklärte der damalige Innenminister Bernard Cazeneuve.

„Ich lebe mit 20 Toten in meinem Leib“

„Was erwarten Sie von einem Stück Holz oder Metall an Antworten?“, meinte dazu Grégory Reibenberg. Er ist der Wirt des Cafés La Belle Époque, wo die Terroristen 20 Menschen auf seiner Terrasse umgebracht haben, darunter seine Ex-Frau und neun seiner Freunde. „Seither lebe ich mit diesen 20 Toten in meinem Leib“, sagte er. Ich habe keine Lust dazu. Denn die Hölle ist kein Ort, den man erneut aufsucht, ohne dafür bezahlen zu müssen“, schreibt er in seinem Buch mit dem zynisch gemeinten Titel „Une belle époque“.

Erstmals wieder Anstieg der Migration übers Mittelmeer

Asylpolitik. Die illegalen Einreisen aus der Türkei in die EU seien auf dem höchsten Stand seit Beginn der Pandemie, berichtet die „Welt am Sonntag“.

Berlin. Die illegale Migration in die EU über das Mittelmeer nimmt weiter zu. Wie die „Welt am Sonntag“ (WamS) unter Berufung auf einen internen Report der EU-Kommission berichtete, lag die Zahl der illegalen Einreisen aus der Türkei in die EU in dieser Woche auf dem höchsten Stand seit Anfang März 2020, als die Coronapandemie die internationale Mobilität einschränkte.

Demnach kamen rund 4500 Menschen auf dem Seeweg oder über die Landgrenze aus der Türkei ins benachbarte Griechenland. Das weiter entfernte Italien erreichten fast 4800 Menschen aus der Türkei, darunter 670 in der vergangenen Woche. Von der nordafrikanischen Küste aus gelangten zuletzt innerhalb einer Woche laut dem EU-Bericht rund 3300 Flüchtlinge nach Italien – so viele wie seit Juli 2017 nicht mehr.

Insgesamt kamen laut „WamS“ heuer fast 40.000 Migranten über die zentrale Mittelmeerroute, 83 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum und sieben Mal mehr als 2019. Spanien zählte bisher 20.500 Ankömmlinge, ein Plus von 47 Prozent. Dennoch sei die Lage an den EU-Außengrenzen ruhiger als während der Migrationskrise.

In Deutschland wurden bis Ende Juli 72.000 Asyl-Erstanträge gestellt – überwiegend von Migranten, die aus anderen EU-Ländern unerlaubt einreisten. Oft handelte es sich demnach um Asylbewerber, die in Griechenland schon abgelehnt oder anerkannt wurden. Der Juli war mit rund 12.200 Erstanträgen der stärkste Monat seit Jänner 2020. Afghanen stellten demnach die zweitgrößte Gruppe nach Syrien. Die UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR geht laut „WamS“ davon aus, dass in diesem Jahr 570.000 Afghanen vertrieben wurden.

Schinas fordert EU-Asylpolitik

EU-Vize-Kommissionspräsident Margaritis Schinas forderte unterdessen, die EU müsse in der Migrationspolitik vom Modus der „Brandbekämpfung“ wegkommen. Er äußerte im Hinblick auf den Streit über Flüchtlinge an der östlichen EU-Grenze die Hoffnung auf eine gemeinsame EU-Asylpolitik. Die Situation an der Grenze zu Belarus sei ein Zeichen, „dass es jetzt höchste Zeit ist, einen berechenbareren, umfassenden europäischen Rahmen für die Migrationspolitik zu schaffen“, sagte der EU-Politiker. (AFP)

Scholz kokettiert mit einer rot-grünen Koalition

Deutschland. Der SPD-Kanzlerkandidat hofft im Umfragehoch auf ein Zweierbündnis mit den Grünen. Bei der Union liegen die Nerven blank.

Berlin. SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz setzt angesichts steigender Umfragewerte der deutschen Sozialdemokraten auf eine rot-grüne Koalition. „Ich möchte gern mit den Grünen zusammen regieren“, sagte er dem „Tagesspiegel“. SPD und Grüne hätten zwar unterschiedliche Zielsetzungen, aber auch viele Schnittmengen.

Die SPD hat laut einer Insa-Umfrage für „Bild am Sonntag“ ihren Vorsprung vor der Union ausgebaut. Für eine Zweierkoalition mit den Grünen würde dies demnach aber nicht ausreichen. Drei Wochen vor der Bundestagswahl kommt die SPD in der Umfrage auf 25 Prozent, einen Prozentpunkt mehr als zuletzt. CDU/CSU verlieren dagegen einen Punkt auf 20 Prozent. Die Grünen geben einen Punkt ab und liegen bei 16 Prozent. Die FDP rangiert unverändert bei 13 Prozent. Die AfD legt einen Punkt auf zwölf Prozent zu. Und auch die Linke dürfte mit derzeit sieben Prozent wieder in den Bundestag einziehen.

Die Nato-Frage

Auch die Linkspartei macht der SPD Avancen für eine rot-grün-rote Regierung. Falls es nicht für eine Mehrheit von Rot und Grün reichen sollte, käme rein rechnerisch auch ein derartiges Dreierbündnis in Frage. Scholz stellte jedoch klar, dass die Linke Mindestanforderungen für eine Koalition wie ein klares Bekenntnis zur Nato, zu soliden Budgets und zur transatlantischen Partnerschaft nicht erfüllen. Dies sei „unverhandelbar“.

Am Montag wollen die Spitzenkandidaten der Linken, Janine Wissler und Dietmar Bartsch, eine Art Regierungspro-

gramm vorstellen, das Anhaltspunkte für mögliche Koalitionsverhandlungen enthalte. Die Partei fordert laut der Sonntagszeitung der „FAZ“, Auslandseinsätze zu beenden, Rüstungsexporte zu stoppen und den Wehretat auf dem Niveau von 2018 zu belassen. Die Linkspartei will die Nato durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands ersetzen.

CSU für Pendlerpauschale

Union-Kanzlerkandidat Armin Laschet hat Scholz wegen einer möglichen Koalition mit der Linkspartei attackiert. Ein Bekenntnis zur Nato sei von der Linken nicht zu erwarten. CSU-Chef Markus Söder macht die Erhöhung der Pendlerpauschale zur Bedingung für eine Regierungsbeteiligung. „Erhöht sich der Benzinpreis um zehn Cent, muss die Pendlerpauschale um einen Cent erhöht werden“, sagte er. „Das ist eine Forderung, von der wir nicht abrücken werden.“ Bei Söder und der CSU liegen die Nerven angesichts des Umfragetiefs blank. Eine Trendwende sei noch möglich. Sollte die Union in die Opposition gehen, würden „schwerste Zeiten“ auf CDU/CSU zukommen.

„Bild am Sonntag“ veröffentlichte unterdessen eine fast leere Zeitungsseite für die grüne Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock. „Das ist Ihre Seite, Frau Baerbock!“, titelte das Blatt auf der Seite, die einem Interview vorbehalten war, das nicht zustande kam. Sie sei die erste grüne Spitzenkandidatin, die keine Zeit für ein Interview gefunden habe, kritisierte das Springer-Blatt. (ag.)



„Bild am Sonntag“ prangert Baerbock an. [Screenshot]

A>SW AKADEMIE DER STEUERBERATER UND WIRTSCHAFTSPRÜFER

Das große Akademie-Herbst-Seminar

powered by seminaroberlaa

Aktuelle Steuerfragen verständlich aufbereitet

Online in ganz Österreich!



Georg Wilfling Waltraud Mäder-Jaksch Günther Hackl Gabriele Hackl Robert Baumert

Das große Akademie-Herbstseminar findet ab 21. Oktober 2021 in Form eines **Online-Seminars** statt. Das Seminar kann auf PC, Notebook, Tablet oder Smartphone orts- und zeitunabhängig besucht werden. Das Arbeitsbuch Herbst 2021 wird per Post zugestellt.

SWK Steuer- und Wirtschaftskolleg

Die Presse

GEWINN DAS WIRTSCHAFTSMAGAZIN FÜR EINEN FINANZIELLEN VORTEIL

Informationen, Anmeldung, Programm: www.akademie-sw.at oder www.seminaroberlaa.at Christian Ostermann, Telefon (01) 815 08 50-16, Kathrin Mautner, Telefon (01) 815 08 50-24